



Pressekorrespondenz des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV) Freiburg i. Br.

Freiburg, 7. Februar 2020

el/ni

bbd 04/20

**BLHV-Landesversammlung:
BLHV-Präsident Werner Räßple: „Wir wollen gemeinsam unsere Umwelt
schützen!“**

Anlässlich der BLHV-Landesversammlung und des Endes der Unterschriftensammlung für den Volksantrag „Gemeinsam unsere Umwelt schützen in Baden-Württemberg“ würdigte Verbandspräsident Werner Räßple die Leistungen der Bauernfamilien im ganzen Land. „Mit dem Volksantrag werden wir den dringend notwendigen Dialog mit Politik, Gesellschaft und Naturschutz auf höchster landespolitischer Ebene weiterführen. Möglich gemacht haben dies die Bäuerinnen und Bauern in Baden-Württemberg“. Diesen Dialog, so führte Räßple weiter aus, könne in einen Gesellschaftsvertrag münden, der gesellschaftliche Erwartungshaltung und Landwirtschaft in Einklang bringe. „Dafür müssen wir dringend wieder ganzheitlich denken! Denn nur, wenn wir Zielkonflikte erkennen und zur Sachlichkeit und Realität zurückfinden, können wir die Herausforderungen der Zukunft meistern“, erklärte Räßple.

Die Landwirtschaft sei bereit, mehr für Klima-, Arten- und Umweltschutz zu leisten. „So unterstützen wir alle Maßnahmen, die der Biodiversität dienen“. Vorausgesetzt, dass die Maßnahmen in der landwirtschaftlichen Realität auch umsetzbar seien. Diese sei geprägt vom Wettbewerbsdruck durch offene Handelsgrenzen und die Marktmacht des Lebensmittelhandels sowie von Auflagen, die die Betriebe überforderten. Unter diesen Bedingungen ist mehr Umweltschutz nur schwer umsetzbar“, so Räßple. „Über diese Konflikte müssten wir reden, und auch über den Preis der Erwartungen an die Landwirtschaft. „Dabei müssen wir immer ein Ziel verfolgen: realistische Perspektiven für unsere jungen Bäuerinnen und Bauern schaffen“, forderte Räßple. „Denn landwirtschaftliche Betriebe werden wir nur noch haben, wenn in Zukunft das Einkommen stimmt und Bauern auch an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben können.“

Angesichts der großen Herausforderungen müssten auch andere gesellschaftliche Gruppen ihren Beitrag zum Umwelt- und Artenschutz leisten, betonte Räßple. Jeder könnte was tun, sei es die Privatperson im eigenen Garten, die Gemeinden durch die Reduzierung der Lichtverschmutzung oder durch Schaffung von Lebensräumen auf Kommunalf Flächen. „Gemeinsam unsere Umwelt schützen“ – das ist das Motto des Volksantrages und unter diesem Motto werden wir den Dialog weiterführen“, schlussfolgerte Räßple.

Ihr bbd